



MFN-Info

4/2011

21.10.11

Schulentwicklung

Schon auf Landesebene war die Schulreform ungeschickt eingefädelt. Eine Konsens-Lösung (im Einvernehmen) für ein neues Schulgesetz wäre gut gewesen. Das schien aber zu mühsam und eine Tolerierung durch DIE LINKE zu peinlich. So wurde die Einführung mit dem Etikett "Schulversuch" begonnen. Das Oberverwaltungsgericht stoppte das am 09.06.11. So kam es dann doch zumindest mit der CDU zum Kompromiss: Sekundarschule. Wichtige Einzelheiten sind noch völlig ungeklärt, aber man sucht den Konsens.

"Schulen gelingen nur in einer Atmosphäre des Vertrauens. Eltern wollen sich auf die Schule ihrer Kinder, auf die Lehrer und die Kultusminister verlassen können. Sie hassen Unruhe (unabhängig davon, welche Partei sie gerade verbreitet) und jedes Durcheinander."

Thomas Kerstan, DIE ZEIT, 22.09.11

In Nideggen hatten Frau Zentis, Grüne, und ihre Bürgermeisterin es besonders eilig. Am 21.06.11 beauftragte die Ratsmehrheit die Bürgermeisterin, mit den Südkreis-Kommunen zu verhandeln, und möglichst schnell eine zu diesem Zeitpunkt unbekannte Schulform (den NRW-Konsens gab es noch nicht) umzusetzen. Wir hatten nicht zugestimmt, **überstürztem Handeln stimmen wir nicht zu.**

Die gemeinsame Presseerklärung von Kreuzau und Nideggen vom 02.08.11 überraschte dann Lehrer, Eltern und Ratsmitglieder. Die Vorsitzende der Schulpflegschaft der Realschule, Frau Werning, ergriff die Initiative und das Telefon. So kam es zu der Einladung im Namen aller Schulpflegschaften für die Info-Veranstaltung am 14.09.11. Eingeladen wurden Eltern, Bürgermeisterin, Ratsmitglieder, Schulleiter und Lehrer. Die Bürgermeisterin reagierte gereizt und entsprechend unprofessionell. Per Anruf wollte sie Frau Werning zurückpfeifen. Per Rundschreiben informierte sie die Eltern, dass sie selbst und die Adressaten aus der Politik "aus terminlichen Gründen" nicht teilnehmen könnten. In dieser **Info-Veranstaltung** bestätigten Ratsmitglieder, Herr Erler, SPD, als Vorsitzender des Schulausschusses, Rektoren und Lehrer, dass sie von der Entwicklung überrascht wurden.

Die **Ausschuss-Sondersitzung** am 22.09.11 hatten wir verlangt, damit der zuständige Ausschuss sich wenigstens einmal vor einem endgültigen Ratsbeschluss ausführlich mit der Schulentwicklung befassen konnte. Wir wollten eine ehrliche und öffentliche Information und forderten Information und Befragung aller Eltern. Die Befragung von 101 Eltern reicht uns nicht. Frau Göckemeyer legte ihre neue Prognose zur Entwicklung der Schülerzahlen vor. Am 21.06.11 hatte sie diese Zahlen noch nicht. Elternfragen beantwortete sie nicht oder nur ausweichend. Entsprechend gereizt wurde die Stimmung. Der Sache diene das nicht. Da wurde kein Konsens gesucht, da wurden Vorurteile verfestigt.

In der **Ratssitzung** am 27.09.11 hatten wir beantragt:

"Die Verwaltung wird beauftragt mit den Kommunen des Süd-Kreises ernsthaft zu verhandeln, um ein konsensfähiges Modell zur Schulentwicklung zu finden. Danach sind alle Eltern Nidegger Schulen über die Alternativen zu informieren und zu befragen. Erst danach soll im Rat entschieden werden." Unser Antrag ging nicht durch. Die Ratsmehrheit beschloss die Sekundarschule Kreuzau-Nideggen. Dagegen stimmten wir und Herr Erler, SPD, bei Stimmenthaltung durch Herrn Müllejans, SPD.

"Wir wollen, dass mit der notwendigen Sorgfalt beraten wird und erst dann entschieden wird, wie aus den bestehenden, anerkannt guten, Haupt- und Realschulen ein neues zukunftsfähiges Schulsystem entwickelt wird. Ideologie und Parteitaktik dürfen diese wichtige Entscheidung nicht beeinflussen."
Monika Werning, Monika Dick, Volker Floßdorf (Elterninitiative, 05.10.11)

Die Elterninitiative "**Schulentwicklung mit Vernunft**" startete am 05.10.11 ihre Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren. Sie wollen den Ratsbeschluss kippen. Es gibt Alternativen, die man in Ruhe prüfen muss. **Wir unterstützen die Elterninitiative. Tun Sie es auch!** Der Plan, die Eltern als letzte zu "informieren", war von vorneherein der falsche Ansatz. Ein anerkannt gutes Schulzentrum überstürzt "umzukrempeln" ist eine Entscheidung, die alle Bürger betrifft. Es ist unser Schulzentrum, dessen Bau uns noch lange viel Geld kostet. Es ist unsere Stadt,

deren Wohnqualität auch von guten Schulen abhängt. Wer glaubt, wir hätten die Elterninitiative beeinflusst, überschätzt uns und unterschätzt die Elterninitiative. Wer glaubt, die Elterninitiative zurückpfeifen zu können, überschätzt sich.

**"Bürgerentscheide und Bürgerbegehren dienen der besseren Bürgerbeteiligung in der kommunalen Selbstverwaltung, da der kommunale Willensbildungsprozess der direkten Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger unterliegt."
Gudrun Zentis (als Landtagskandidatin)**

Alles dicht in Nideggen ?

Die Notwendigkeit von Dichtheitsprüfung und Zwangssanierung privater Abwasserleitungen ist im NRW Landtag weiterhin höchst umstritten. Nach FDP und DIE LINKE lenkt jetzt auch die CDU-Fraktion im Land ein und fordert die Aussetzung des unsinnigen Gesetzes. Obwohl sich damit erstmals eine politische Mehrheit gegen den Vollzug einsetzt, erwecken die 13 Gemeinden im Kreis mit dem Internetauftritt (www.13dicht.de) und einem Flyer den Eindruck, das alles schon entschieden sei. Dabei liegt in Nideggen noch nicht einmal ein Satzungsentwurf vor. Aber es besteht Grund zur Sorge. Nach dem Beispiel der Stadt Münster könnte die Stadt auf die Vorlage von Bescheinigungen verzichten und damit die Folgen für die Bürger solange klein halten, bis eine erfolgreiche Gesetzesinitiative, die von der NRW-FDP schon angekündigt ist, den Vollzug landesweit aussetzt. (mehr dazu im Internet: alles-dicht-in-nrw.de)

Noch ein Zitat:

In der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe Raumluf, beklagten sich Firmenvertreter, dass entgegen der Vertraulichkeitsabsprache Informationen an die Medien gegeben worden waren. Frau Zentis sofort: "Wir waren das nicht!"

Als die Kopie des Artikels der Rheinischen Post durchgereicht wurde, gab sie ihn kommentarlos weiter. Er war von dem neben ihr sitzenden grünen Kandidaten, Herrn Ladwig, initiiert worden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss (RPA)

Der RPA ist ein wichtiges und respektables Gremium. Deshalb hat ja die CDU Herrn Nießen das Amt des Vorsitzenden anvertraut. Der RPA trifft sich regelmäßig in nicht-öffentlichen Sitzungen und geht dort im Verborgenen seiner verantwortungsvollen Tätigkeit nach. Innerhalb von 30 - 40 Minuten wird die Tagesordnung durch Zustimmung zu den vorliegenden Beschlussvorschlägen zu

jedem einzelnen TOP "abgearbeitet". 4 - 5-mal Händchen heben und schon ist das Werk vollendet. Deutlich anstrengender war die "Belegprüfung". 2 Mitarbeiterinnen der Verwaltung hatten einige Waschkörbe mit Ordnern voller Zahlungsbelege von 2009 in den Ratssaal geschleppt und säuberlich in ca. 6 m Breite aufgereiht. Das war die Anstrengung: für die Verwaltung. Die Ausschussmitglieder wollten keinen zusätzlichen Stress. Sie hätten aufstehen und Belege aus der Hönscheid-Amtszeit prüfen können. Sie blieben sitzen und sprachen der Verwaltung (Hönscheid ?) das uneingeschränkte Vertrauen aus. Herr Nießen konnte festhalten, dass keine Mängel festgestellt wurden. Dann wurde, wie üblich, der für viele wohl wichtigste TOP geklärt: In welche Kneipe geht es?

Das muss nicht so sein.

Der RPA kann die Prüfung der Jahresabschlüsse selbständig vornehmen. Er kann aber auch einen Dritten (Wirtschaftsprüfer) beauftragen. In Nideggen wird bisher diese Möglichkeit genutzt. Sie ist für alle Beteiligten die bequemste. Die Verwaltung erspart sich Antworten auf dumme Fragen neugieriger Ratsmitglieder. Der Wirtschaftsprüfer verdient sein Geld damit und wenn regelmäßig der gleiche Prüfer beauftragt wird, wird ihm auch das erleichtert. Die RPA-Mitglieder brauchen sich nicht in die Materie einarbeiten, brauchen die vorgelegten Zahlen nicht prüfen, sondern nur das Testat des Prüfers bestätigen. Arbeiten oder gar ihre Arbeit verantworten müssen sie nicht. Es ist also für alle Beteiligten die bequemste, für die Bürger aber die teuerste Lösung.

Wir hatten deshalb vorgeschlagen:

"Der Rechnungsprüfungsausschuss wird aufgefordert, spätestens im IV. Quartal in einer 'Sondersitzung' Einsparmöglichkeiten bei der Prüfung der Jahresabschlüsse zu ermitteln und dem Rat vorzuschlagen."

Das kam bei der Mehrheit gar nicht gut an. Man fragte, ob man da womöglich Verantwortung übernehmen müsse. Herr Fischer, CDU, musste nachfragen, ob Patrick Meisenberg, unser RPA-Mitglied, sich das zutraut. Das tut er tatsächlich! Herr Fischer sollte sich lieber Gedanken über die Besetzung der CDU-Sitze im Ausschuss machen. Fragen Sie doch CDU, SPD, FDP, Grüne und Unabhängige, warum ein 26-köpfiger Rat nicht bereit ist, einen Ausschuss zu bilden, der durch seine Arbeit Kosten einspart und das Ergebnis seiner Arbeit verantwortet?

Im Haushalt 2011 sind 40.000 € für Wirtschaftsprüfer eingestellt.

Menschen für Nideggen

www.menschen-für-nideggen.de

1. Vorsitzender: Heinrich Esser, Kleine Königstr. 57, 52385 Nideggen

Zusatz vom 02.12.11:

Gegendarstellung:

In der MfM-Info 4/2011 wird die Behauptung aufgestellt, ich hätte einen Artikel in der "Rheinischen Post" initiiert und den Eindruck erweckt, dadurch seien entgegen der Vertraulichkeitsabsprache Informationen an die Medien gegeben worden.

Hierzu stelle ich fest:

"Unwahr ist, dass ich einen Artikel in der "Rheinischen Post" initiiert habe.

Richtig ist, dass Herr Reiner Priggen diesen Text initiiert hat."

Klaus Ladwig

Ein Mitglied des Landtags NRW ist Herr Reiner Priggen, Bündnis 90/Die Grünen.

http://landtagswahl.mehr-demokratie.de/gudrun-zentis-gruene.html?&tx_mdkandidatencheck_pi1%5Blist_candidate%5D=0&tx_mdkandidatencheck_pi1%5Blist_district%5D=12&tx_mdkandidatencheck_pi1%5Blist_party%5D=&tx_mdkandidatencheck_pi1%5Blist_letter%5D=&tx_mdkandidatencheck_pi1%5Blist_advanced%5D=&tx_mdkandidatencheck_pi1%5BbackPid%5D=3749

Kandidatenumfrage

Gudrun Zentis, Nideggen, Grüne

Stellungnahme: "Die Umsetzung des Wählerwillens ist für mich die Messlatte unseres demokratischen Systems. Ich bin für die Stärkung direkter Demokratie und möchte, dass Bürgerentscheide und Bürgerbegehren zur effektiven Umsetzung dieses Zieles zukünftig noch viel stärker beitragen. Der gesetzlichen Regelung von Bürgerbegehren sollten zeitgemäße und realistische Bedingungen zugrunde gelegt werden. Neben der Einführung von Kumulieren und Panaschieren und dem Ausbau des Bürgerentscheids ist mir auch die Wiedereinführung der Stichwahl bei Bürgermeister und Landratswahlen wichtig.

Bürgerentscheide und Bürgerbegehren dienen der besseren Bürgerbeteiligung in der kommunalen Selbstverwaltung, da der kommunale Willensbildungsprozess der direkten Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger unterliegt. Allerdings muss der Missbrauch dieser Beteiligungsformen für antidemokratische Zwecke bekämpft und die Legitimation durch ausreichende Information der abstimmungsberechtigten Öffentlichkeit unbedingt gewährleistet sein. Eine sinnvolle Weiterentwicklung könnte meines Erachtens die Einführung von gestaffelten Quoren für den Bürgerentscheid darstellen, damit auf die unterschiedliche Wahlbeteiligung je nach Größe der Städte und Gemeinden eingegangen werden kann." Gudrun Zentis

Besprechung Hürtgenwald:

Mit 2 schon mehrfach wiederholten Behauptungen der Frau Zentis wurde kräftig aufgeräumt:

1. "Die Entscheidung in Nideggen fiel nach monatelanger Beratung im Rat."

Dummerweise hatte Herr Hensch keine Zeit und Herrn Pütz als Vertreter geschickt.

Albert Pütz drückte sich sehr deutlich aus: "Das hat bei uns in Nideggen die Bürgermeisterin vor den Ferien mit 5 Fraktionsvorsitzenden entschieden. Dafür brauchen wir keinen Rat!"

2. Hürtgenwald habe ursprünglich mit Simmerath zusammen gehen wollen und komme jetzt nach der Ablehnung durch Simmerath.

Das wurde von allen Hürtgenwaldern widerlegt. Die Beschlusslage im Rat ist eindeutig anders.

Nur Herr Keß versuchte Frau Zentis zu retten, indem er ein Hürtgenwald-Ratspapier zitierte. Das war aber das falsche. Damit ist wohl klar, dass sie die Behauptung aufgestellt hatte, um Kreuzau als einzige Möglichkeit darzustellen.

Es sei nach "monatelanger" Beratung im Rat entstanden. Tatsächlich wurde die Kreuzau-Nideggen Lösung vor den Ferien von der Bürgermeisterin und 5 Faktionsvorsitzenden beschlossen.